

Hauptausschuss – Ö - vom 20.10.2009
1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 10-036/09 Schulen, Kindergärten - Bericht Erziehung, Bildung und Betreuung 2009

Oberbürgermeister Frei: Der Bericht sei dem Hauptausschuss bereits in der öffentlichen Sitzung am 23. Juni 2009 vorgelegt worden. Der Hauptausschuss habe die Beratung auf den Herbst 2009 vertagt. Aus diesem Grund sei der vorliegende Bericht auf dem Stand vom Juni 2009. Die Verwaltung beabsichtige, in die künftigen Berichte auch die Städtische Musikschule sowie die Städtische Kunstschule aufzunehmen.

Herr Ernst Zimmermann erläutert ergänzend zur Sitzungsvorlage den Bericht „Bildung, Erziehung, Betreuung“.

Stadträtin Weishaar: Dem Bericht könne entnommen werden, dass die Beschlüsse der Klausurtagung von 2007 nun Wirkung zeigen. Dies gelte insbesondere für den Ausbau der Kleinkindbetreuung und die Ausweitung der Schulsozialarbeit. Bei den im Hinblick auf die schwierige Haushaltslage geplanten Kürzungen der Schulbudgets halte sie eine pauschale Kürzung der sächlichen Kosten für denkbar. Auf keinen Fall dürften aber die Personalkosten gekürzt werden. Im Schulbereich würden sich die Rahmenbedingungen laufend verändern. Die Stadt als Schulträgerin müsse sich darauf einstellen. So werde es zum Beispiel die Ganztageschule mit sich bringen, dass die Lehrkräfte wesentlich mehr Zeit als bisher in der Schule verbringen. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, für die Lehrkräfte Arbeitsplätze in der Schule zu schaffen. Ein steigender Personalbedarf sei auch in den Schulsekretariaten zu sehen. Die große Anziehungskraft der Grundschulen mit Ganztagsangeboten bewirke eine Verwischung der Schulbezirksgrenzen. Dadurch werde in den nächsten Jahren die Planung für die Grundschulen in den Stadtteilen immer schwieriger. Im Sinne eines guten Angebots in diesen Schulen sei es aber sehr wichtig, dass die Schülerzahl nicht zu stark zurückgehe. Es gelte also, die Attraktivität dieser Schulen zu stärken. Mit ergänzenden Angeboten am Nachmittag sei dies beispielsweise möglich. Sie halte es für notwendig, dass in diesem Sinne Schulen und Kindergärten gemeinsam Lösungsmöglichkeiten erarbeiten, die dann dem Gemeinderat zur Beratung vorgelegt werden können.

Stadtrat Rögele: Dass der Bericht von Juni 2009 teilweise jetzt schon als überholt gelte, mache deutlich, dass es in den Bereichen Schulen und Kindergärten eine sehr positive Entwicklung gebe. Im Sinne einer besseren Vergleichbarkeit sollten in den künftigen Berichten alle Einrichtungen ihr Leitbild voranstellen.

Oberbürgermeister Frei: Die Struktur des Berichts habe einen guten Stand erreicht. Die jährliche Aktualisierung werde jeweils im Frühjahr erfolgen.

Stadtrat Hall: Auch er empfehle allen Einrichtungen, in ihre Berichte das jeweilige Leitbild aufzunehmen. Im Sinne einer noch größeren Übersichtlichkeit sollte dem Bericht auch ein Inhaltsverzeichnis angefügt werden. Von den Einrichtungen sollten in die Berichte nicht nur Positives aufgenommen werden. Für den Gemeinderat seien auch Hinweise auf die Dinge von Bedeutung, die aus Sicht der Einrichtungen verbessert und geändert werden sollten.

Stadtrat Blaurock: Auch er halte den Bericht für gelungen. Aus seiner Sicht könne der Austausch zwischen den Schulen und dem Gemeinderat im Vorfeld des Berichts noch intensiviert werden.

Oberbürgermeister Frei: Die größte Herausforderung für die Stadt im kommenden Jahr sei die vorgesehene Erhöhung der Betreuungsquote im Kleinkindbereich. Im Kindergarten in Hubertshofen seien für Kleinkinder fünf Plätze neu geschaffen worden, die alle belegt seien. Die Verwaltung habe die Absicht, soweit dies machbar sei und eine entsprechende

Nachfrage bestehe, altersgemischte Gruppen zu realisieren. Für das Angebot der Kleinkindbetreuung im Kindergarten Wunderfitz werde die Stadt im kommenden Jahr 1,3 Mio. € investieren. Dies werde erhebliche Folgekosten in den Bereichen Gebäudeunterhaltung und Personal bewirken. So seien im Stellenplan 2010 acht zusätzliche Stellen für den Kindergartenbereich ausgewiesen. Bei den Personalkosten führe dies bereits im Haushalt 2010 zu einer Erhöhung und zu einer nochmaligen deutlichen Steigerung im Jahr 2011.

Aufgrund der Weiterentwicklung der Betreuung in den Ganztageschulen seien auch dort Kostensteigerungen zu erwarten. Außerdem werde die Stadt in den nächsten Jahren in den Ganztageschulen die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte durch Schaffung von Lehrerarbeitsplätzen verbessern müssen.

(Auf Frage von Stadträtin Weishaar) Die Aufnahme eines zusätzlichen Kapitels in den Bericht Erziehung, Bildung und Betreuung zur Jugendarbeit der Vereine halte er nicht für sinnvoll.

Beschluss:

1. Der Bericht über die Entwicklung und Ziele in den Aufgabenbereichen Erziehung, Bildung und Betreuung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bericht fortzuschreiben und diesen dem Hauptausschuss im kommenden Jahr wieder vorzulegen.

(einstimmig)

3) TOP 10-081/09 Haushaltsplan 2010 - Schulbudgets

Herr Ernst Zimmermann erläutert ergänzend zur Sitzungsvorlage den Tagesordnungspunkt.

Stadtrat Blaurock: Die Entwicklung der Sachkostenbeiträge für die einzelnen Schularten sei sehr unterschiedlich. Auch aus diesem Grund halte er es für notwendig, dass die Kürzung des Budgetanteils „sächliche Kosten Schulbetrieb“ moderater ausfalle. Er schlage deshalb eine Kürzung von nur einem Prozentpunkt vor. Bei Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag werde der genannte Budgetanteil nicht um 2,5 %, wie es im Beschlussvorschlag missverständlich formuliert sei, gekürzt, sondern tatsächlich um 8,77 %.

Stadtrat Hall: Die an allen Schulen vorhandene Multimediaausstattung müsse nach und nach erneuert und ergänzt werden. Da zur Höhe dieser Folgekosten keine Aussage getroffen sei, stelle sich die Frage, ob die Schulen mit dem gekürzten Betrag überhaupt zurecht kämen. Im Hinblick auf die vom Fürstenberg-Gymnasium und der Grundschule Pfohren aufgezeigten Notwendigkeiten für eine zusätzliche Finanzausstattung sei es unter Umständen nicht sachgerecht, bei allen Schulen eine pauschale Kürzung des Anteils am Sachkostenbeitrag des Landes von 28,5 auf 26,0 % vorzunehmen. Aus seiner Sicht seien noch viele offene Fragen zu klären. Der Tagesordnungspunkt sei deshalb heute noch nicht entscheidungsreif und sollte deshalb vertagt werden.

Stadtrat Rögele: Er sei für die vorgeschlagene Erhöhung des Anteils am Sachkostenbeitrag des Landes von 25,5 % auf 28,5 % für den Budgetanteil „sächliche Kosten des Schulbetriebs“. Der Beschlussvorschlag müsse in diesem Sinne noch ergänzt werden. Die Gleichbehandlung aller Schulen werde unter Umständen den Notwendigkeiten nicht gerecht. Es empfehle sich deshalb, den Aufwand der einzelnen Schularten für die Unterhaltung, Ergänzung und regelmäßige Erneuerung der Multimediaausstattung konkret zu ermitteln.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Den Verwaltungsvorschlag halte er für sachgerecht. Der Gemeinderat solle deshalb der Erhöhung der Budgetanteile auf 28,5 % grundsätzlich zustimmen. Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation halte er auch die vorgeschlagene Kürzung um 2,5 Prozentpunkte im Haushaltsplan 2010 für gerechtfertigt. Die FDP-Fraktion werde diesem Vorschlag zustimmen. Die Praxis werde zeigen, ob den Schulen das Geld reiche oder nicht.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die GUB-Fraktion werde den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zustimmen. Die Erhöhung der Budgetanteile auf 28,5 % der Sachkostenbeiträge des Landes und die pauschale Kürzung um 2,5 Prozentpunkte aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation seien richtig und auch notwendig. Aus Sicht der GUB-Fraktion wäre es falsch, die Berechnung der Budgets für die einzelnen Schulen unterschiedlich zu handhaben.

Oberbürgermeister Frei: Der unterschiedliche Finanzbedarf der einzelnen Schulen sei bereits im Sachkostenbeitrag des Landes berücksichtigt. Die Gleichbehandlung der Schulen bei der notwendigen Kürzung des Schulbudgets sei deshalb gerechtfertigt. Die Qualität der Schule hänge auch nicht ausschließlich vom jeweiligen Haushaltsbudget ab. Wegen der notwendigen Kürzung habe die Verwaltung mit allen Schulleitern gesprochen. Von diesen sei die notwendige Kürzung akzeptiert worden.

Herr Ernst Zimmermann: Es gebe keine gesicherten Daten zum Finanzbedarf für den Multimediabereich. Aus den vorliegenden Erfahrungswerten könne jedoch geschlossen werden, dass die bisher dafür bereit gestellten Haushaltsmittel ausreichen. Wenn sich dies als nicht zutreffend herausstellen sollte, könne der Gemeinderat mit einer Erhöhung des Prozentsatzes der vom Sachkostenbeitrag des Landes an die Schulen weitergegebenen

Budgetmittel reagieren.

(Auf Frage von Stadtrat Kühn) Die in Höhe von 28,5 %, an die Schulen weitergegebenen Sachkostenbeiträgen des Landes seien zur Deckung der sächlichen Kosten des Schulbetriebs bestimmt. Der restliche Teil des Sachkostenbeitrags werde zur Deckung der anderen Schulkosten verwendet wie zum Beispiel die Personalkosten für Hausmeister und Schulsekretärinnen, die Kosten der Gebäudebewirtschaftung und Gebäudeunterhaltung und schließlich auch für die immer wieder notwendig werdenden baulichen Maßnahmen. Insgesamt gebe die Stadt wesentlich mehr Geld für ihre Schulen aus, als sie vom Land im Rahmen der Sachkostenbeiträge erhalte. Die Aufwendungen für Schulmöbel seien in das Schulbudget eingerechnet und müssten aus diesem bestritten werden.

(Auf Frage von Stadtrat Rolle) Herr Rektor Hauer von der Grundschule Wolterdingen erledige die Sekretariatsaufgaben selbst. Die dadurch eingesparten Personalkosten erhalte die Schule als Zuschlag zum Schulbudget.

Beschluss:

1. Die Information zu den Schulbudgets 2010 wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Vorschlag der Verwaltung, für die „sächlichen Kosten des Schulbetriebs“ künftig 28,5 % des jeweiligen Sachkostenbeitrags des Landes zur Verfügung zu stellen und Zuschläge für Multimedia u.a. nicht mehr gesondert auszuweisen, wird zugestimmt.

(einstimmig)

3. Die Entscheidung, aufgrund der schwierigen Finanzsituation der Stadt im Haushaltsplan 2010 die Budgetanteile „sächliche Kosten des Schulbetriebs“ von 28,5 % auf 26 % der jeweiligen Sachkostenbeiträge des Landes zu kürzen, wird in die nächste Sitzung des Hauptausschusses vertagt.

(7 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung)

4) TOP 10-074/09 Erich Kästner-Schule - Schulsozialarbeit

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Die politische Entscheidung für Schulsozialarbeit in der Erich Kästner-Schule sei bereits im Mai 2009 getroffen worden. Der Gemeinderat könne deshalb dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Stadtrat Rögele: Es sei für jede Schule und nicht nur für Ganztagschulen Bedarf für Schulsozialarbeit zu sehen. Die vom Landkreis vertretene Auffassung könne er deshalb nicht verstehen. Er beantrage, die Schulsozialarbeit in der Erich Kästner-Schule im Umfang von 50 % einer Ganztagsstelle anstatt von 43 % anzubieten.

Oberbürgermeister Frei: Für Schulsozialarbeit an der Erich Kästner-Schule bestehe aufgrund des besonderen sozialen Umfeldes eines großen Teils der Schülerinnen und Schüler und des hohen Ausländeranteils Bedarf. Die Notwendigkeit für Schulsozialarbeit an jeder Schule sehe er nicht.

Stadträtin Weishaar: Sie sehe Bedarf für Schulsozialarbeit auch in den Grundschulen der Stadtteile. Mit der Sozialarbeit müsse schon in den Kindergärten begonnen werden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Es sei völlig unrealistisch an jeder Schule und jedem Kindergarten Schulsozialarbeit einzurichten. Wenn dafür ein gewisser Bedarf zu sehen sei, könne dieser auch von den Lehrkräften und Erzieherinnen abgedeckt werden.

Stadtrat Hall: Es sei auch nicht so, dass von jeder Schule Schulsozialarbeit gewünscht werde.

Beschluss:

1. Dem Antrag von Stadtrat Rögele, den Umfang der Schulsozialarbeit von 43 % auf 50 % zu erhöhen, wird nicht zugestimmt.

(7 Nein, 4 Ja, 1 Enthaltung)

2. Dem Gemeinderat wird empfohlen, die notwendigen Finanzmittel für Schulsozialarbeit in der Erich Kästner-Schule im Haushaltsplan 2010 vorzusehen, wenn die allgemeine Finanzsituation der Stadt dies erlaubt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Realisierung der Schulsozialarbeit in der Erich Kästner-Schule in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband und der Schulleitung das Notwendige zu veranlassen, wenn vom Gemeinderat dafür die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden können.

(einstimmig)

5) TOP 50-003/09 Kinderbetreuung - Bedarfsplanung 2009/10

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Sie bedankt sich bei Herrn Romer für die gute Vorlage und für die dynamische Handhabung in den Kindergärten. Es werde daraus ersichtlich, dass die Stadt bedarfsgerecht auf jede Veränderung reagiere.

Frau Noack: Kindergartenleiterinnen sollten mit einem Umfang von 0,3 einer ganzen Stelle für die Wahrnehmung von Leitungsaufgaben freigestellt werden. Sobald dies finanziell machbar sei, sollte es so auch umgesetzt werden.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 5 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

6) TOP 10-094/09 Parkschwimmbad - Besetzung Stelle Schwimmmeistergehilfe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(Einstimmig)

7) TOP 10-084/09 Haushalt 2010 - Personalkosten

Stadtrat Hall: Der zusätzlichen Assistenzstelle mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % zur Unterstützung der Hallenmanagerin könne die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Riedmann: Mit Besetzung dieser Stelle sei der ursprüngliche Personalstand in der bisherigen Donauhalle wieder erreicht. Es sei bereits 2006 beschlossen worden, der Hallenmanagerin ab 2010 auf einer halben Stelle eine Assistenz zur Seite zu stellen. Zum Erreichen der gesetzten Vermarktungsziele halte er die Besetzung dieser Stelle für zwingend notwendig. Ansonsten müssten die Erwartungen zur künftigen Auslastung der Donauhallen zurückgeschraubt werden. Er halte es nicht für möglich, dass die Hallenmanagerin alleine alle Aufgaben bewältigen könne. Diese habe tagsüber im Sinne einer guten Hallenauslastung Managementaufgaben wahrzunehmen. Am Abend ergebe sich die Notwendigkeit, auch bei Veranstaltungen anwesend zu sein. Im Rahmen der tariflichen Arbeitszeit lasse sich dies nicht bewältigen. Ohne Assistenz seien auch notwendige Vertretungen bei Urlaub und möglicher Krankheit nicht gewährleistet. Er halte es nicht für möglich, die Vorgabe des Gemeinderates, die Hallen im neuen Zuschnitt 30 % bis 40 % besser als bisher auszulasten, zu erreichen, wenn diese Stelle nicht besetzt werde. Außerdem finde er es nicht professionell, wenn die Telefonvertretung vom Amt für Kultur, Tourismus und Marketing zu gewährleisten sei und dort bei Anrufen dann die Auskunft erteilt werden müsse, dass Frau Hirt zurück rufe, wenn sie wieder im Büro sei.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Um die Zielsetzung hinsichtlich der Vermarktung der Donauhalle zu erreichen, müsse auch das notwendige Personal zur Verfügung gestellt werden. An der Konzeption von 2006 und dem damaligen Beschluss müsse deshalb festgehalten und die zusätzlich halbe Stelle müsse geschaffen werden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation müsse mit Unterstützung durch das Amt für Kultur, Tourismus und Marketing versucht werden, die Ziele zur Auslastung der Donauhallen auch ohne die halbe Assistenzstelle für die Hallenmanagerin zu erreichen.

Stadtrat Hall: Nur weil es den Beschluss von 2006 gebe, müsse in der jetzigen Situation nicht an diesem festgehalten werden. Die deutliche Verschlechterung der Finanzsituation zwingt dazu, die Stelle für die Assistenz der Hallenmanagerin jetzt nicht zu besetzen. Die Ziele für die neuen Donauhallen dürften trotzdem nicht zurückgeschraubt werden.

Herr Riedmann: Die Stadthalle in Singen sei personell um ein Sechsfaches und die Neue Tonhalle in Villingen vierfach besser besetzt als die vorgesehene Besetzung in den Donauhallen. Die Konzeption von 2006 sei realistisch erarbeitet worden. Schon damals habe man die vorgesehene Besetzung als Minimalbesetzung angesehen. Im Sinne einer Kostenreduzierung habe er zu Gunsten der Assistenzstelle in der Donauhalle darauf verzichtet, die für die Organisation der Heimattage Baden-Württemberg vorgesehene Stelle bereits im Herbst 2010 zu besetzen. Diese Besetzung sei deshalb auf Januar 2011 verschoben.

Stadtrat Blaurock: Er sei auch für die vorläufige Nichtbesetzung dieser Stelle. Wenn im Laufe des kommenden Jahres festzustellen sei, dass die Stelle dringend gebraucht werde, könne der Hauptausschuss 2010 darüber nochmals beraten.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Wenn tatsächlich Defizite beim Marketing der Donauhallen entstehen sollten, dürfe dies nicht auf die Entscheidung des Hauptausschusses zum Verzicht auf die Nichtbesetzung der halben Assistenzstelle geschoben werden. Sie halte es für

möglich, dass das Amt für Kultur, Tourismus und Marketing den Personalbedarf der Donauhalle amtsintern decken könne.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Er beantrage, über die Ausweisung der halben Assistenzstelle für das Hallenmanagement der Donauhalle im Gemeinderat zu beraten und zu beschließen.

Beschluss:

1. Dem Antrag von Stadtrat Dr. Klotzbücher, die Entscheidung zur halben Assistenzstelle für das Donauhallenmanagement in die nächste Gemeinderatssitzung zu vertagen, wird nicht zugestimmt.

(10 Nein, 2 Ja)

2. Dem Antrag von Stadtrat Hall und Stadträtin Dr. Jarsumbek, die halbe Assistenzstelle aus dem Entwurf des Stellenplanes 2010 zu streichen, wird zugestimmt.

(8 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen)

3. Die Entwicklung der Personalkosten wird zur Kenntnis genommen.

(einstimmig)

4. Dem Gemeinderat wird empfohlen, die im Entwurf des Haushaltsplanes 2010 eingestellten Personalkosten, mit Einbeziehung der in Ziffer 2 beschlossenen Änderung, zu bewilligen.

(einstimmig)

8) TOP 10-085/09 Haushaltsplan 2010 - Entwurf Stellenplan

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Stellenplanes 2010 mit der in TOP 7 beschlossenen Änderung (Streichung der halben Assistenzstelle für das Hallenmanagement der Donauhalle) wird zugestimmt.

(einstimmig)

2. Sofern sich durch Höherstufungen, Höhergruppierungen und Beförderungen die Ausweisung einzelner Stellen ändert, wird die Verwaltung ermächtigt, den Stellenplan 2010 entsprechend zu ändern.

(einstimmig)

9) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine.